



Bericht und Beschlussempfehlung

des Finanzausschusses

Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen, dem Land Mecklenburg-Vorpommern, dem Land Niedersachsen, dem Land Sachsen-Anhalt und dem Land Schleswig-Holstein zur Begründung einer länderübergreifenden gebündelten Verfahrensbetreuung durch die Steuerverwaltungen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/185

Der Finanzausschuss hat sich mit dem ihm durch Plenarbeschluss vom 13. Oktober 2017 überwiesenen Gesetzentwurf Drucksache 19/185 am 2. November 2017 befasst.

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf Drucksache 19/185 anzunehmen.

Thomas Rother
Vorsitzender